

Sonntag.

Vormittag 11 Uhr.

27. April 1851.

Nr. 215.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Preis für das Werkjahr
1 Thlr. jede einzelne Nummer 1 Mgr.

zu bezahlen durch alle Postämter des In- und Auslandes,
sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Duerstrasse Nr. 8) und Dresden (bei G. Höckner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Insertionsgebühr für den
Raum einer Zeile 2 Mgr.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Geschäft.

Die Dresdener Conferenzen.

Hannover, 25. April. Mit großer Sorgfalt beschäftigt sich die Presse noch immer mit der Frage über den Gesamteintritt der österreichischen Monarchie in den Deutschen Bund; Manche bringen sogar noch weitreichende und ausgedehnte Rechtsdeductionen, worin sie immer noch beweisen, daß dies lediglich eine innere Frage sei. Dem Eingeweihten müssen diese Erörterungen jetzt wahrlich mehr als komisch erscheinen, da ohne allen Zweifel Alles, was darüber gesagt wird, zu spät kommt; das Spiel ist zu Ende und die Presse wird gut thun, mit dem Markt der österreichischen Pläne und Projekte gänzlich einzupacken. Aber sie wird auch gut thun, den ganzen Conflict zwischen den beiden Mächten fallen zu lassen, da derselbe aufgehört hat zu existieren. Der Bundestag weist jeder von beiden ihren Platz, ihre Macht und ihr Recht an, und damit hat der Streit ein Ende, weil jeder Streit wiederum nur auf bundesgesetzähnlichem Wege entschieden werden kann, und hierzu die Bundesgesetze vorhanden sind. Eine jede Macht, und auch die kleinste in Deutschland, kann jetzt auf den Rechtsboden dieser Gesetze sich stellen und bei evidenter Verleugnung derselben die Garanten zum Beifall ausrufen. Wer möchte aber wol glauben, daß innerhalb des Bundes mit seiner gesetzlichen Einstimmigkeit leichter etwas Neues geschaffen werden könnte als anderwohl etwa in Frankfurt, Dresden oder Berlin? Mit nichts! Die Großen sind eifersüchtig aufeinander, die Mittlern wollen nur gewinnen und die Kleinen wollen nichts verlieren, und wer könnte da erwarten, daß etwas Anderes hervorgebracht werden kann? Mit dem Zurücktritt Preußens zum Bundeslage hat Österreich eingesehen, daß es nur seine alte Position einzunehmen kann, die es auch vordem bei Eröffnung des Bundestags seinerseits nur einnahmen wollte; erst später, als es die Freien Konferenzen an Preußen zugestand, trat es mit seinen Forderungen, die zwar früher schon projektiert waren, entschieden hervor.

Nicht viel besser geht es in der Presse mit den Meldungen über die erste Tätigkeit des Bundestags. Massenhaft sind die Conjecturen, die da zu Tage gefördert werden, denn begreiflicher Weise ruht Alles noch vollständig im Schoose der Zukunft und es steht dermalen noch gar nichts fest. Ebenso wenig verlautetet was Genaues über den Zeitpunkt des Schlusses der Dresdener Conferenzen, obwohl man mit ziemlicher Sicherheit annehmen kann, daß derselbe nicht sehr fern sein wird. Einzweilen arbeiten die sämmtlichen Commissionen fast ununterbrochen an der Feststellung der Entwürfe und eine ganz besondere Thätigkeit entwickelt die dritte Commission, die sich bis jetzt mit der Feststellung des ersten Gutachtens der Sachverständigencommission, nachdem derselbe sämmtlichen Regierungen zur Begutachtung übergeben war und diese ihre mehr oder weniger nicht unwesenlichen Monita und Bemerkungen und Ausstellungen daran gemacht haben, beschäftigt hat. Alle diese Ausstellungen zu berücksichtigen, dürfte gewiß zu den Unmöglichkeiten gehören, doch soll dies so viel als irgend thunlich geschehen sein. Außerdem wird diese Commission noch das zweite Gutachten der Sachverständigencommission, welches dieselbe in einigen Tagen beendigt haben dürfte und das sehr umfangreich ist, einer Begutachtung unterziehen, doch dürfte dasselbe nicht mehr den einzelnen Regierungen überwiesen, vielmehr als Commissionsentwurf nach Frankfurt übergeben werden.

Es wird gut sein, allen politischen Neugestaltungsideen, Hoffnungen und Befürchtungen und endlich auch Neugheitsjagden für die Zukunft zu entsagen. Ist die Politik schon in letzter Zeit trost- und inhaltsleer geworden, so wird sie es in der nächsten Zeit noch um ein Erledliches mehr werden, denn in Frankfurt ist nur eine Reihe Brandlöschgelegenheit zu erwarten, und man wird dort erst recht Gelegenheit haben, zu bewundern, wie arm unsere Zeit an Staatsmännern ist, und wie Alle es dem geringsten Bauer nachthun, der auch nur Das thut, was er von seinem Vater zu jeder Zeit vor Augen sah.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 24. April. Der vor Mitte Mai wieder zusammenentreibende Bundestag besteht aus dem Plenum, 36 Regierungen mit 67 Stimmen, und aus dem Engern Rathe, in welchem 17 Stimmen sind, darunter 6 Gesamtstimmen. Von diesen Gesamtstimmen sind 4 immer nur durch einen bevollmächtigten Gesandten vertreten, die beiden andern, Braunschweig und Nassau (13.) und die vier freien Städte (17.) sind durch ihre verschiedenen Gesandten vertreten, nur daß dieselben die Gesamtstimme nach bestimmten Zeiträumen abwechselnd führen. So ist die 17. Stimme jetzt von Lübeck zu führen. Nach einem Bier-

festjahre tritt der frankfurter Gesandte ein, dann der bremser und zuletzt der hamburg. Seit 1848 sind im Plenum (bis auf weitere Bestimmung) zwei Stimmen ausgesessen, indem die beiden Fürsten von Hessen-Darmstadt abgedankt haben.

(Griff. 3)

Berlin, 26. April. Die Preussische Zeitung berichtet: Der König hat die von dem Gemeinderath zu Magdeburg getroffene Wahl des bisherigen Bürgermeisters Behrens zum Beigeordneten der dortigen Gemeinde bestätigt, dagegen der Wahl des Oberbürgermeisters Grabow zu Prenzlau zum Bürgermeister der Gemeinde Magdeburg die Bestätigung versagt.

— Vorgestern hat sich hier ein preussischer Verein für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft constituiert, welcher versuchen will, die Fortschritte der Freihandelsgesetze aufzuhalten.

Köln, 24. April. Bei der Ankunft des Prinzen von Preußen begrüßte denselben der Gemeinderath von Köln. Der commissarische Oberbürgermeister, Justizrat Schenk, richtete bei dieser Gelegenheit eine Rede an den Prinzen, die derselbe in Folgendem erwiderte:

Was Sie gesagt haben, ist wohl begründet. Wir stehen allerdings noch auf einem Wulst, die Gefahren sind noch nicht vorüber. Wenn Sie aber zum Ausbruch kommen, dann haben wir die Macht, auf die wir uns verlassen können: die Armee. Läufchen wir uns nicht, wir sind noch nicht über den Berg. Wenn die ausgesprochenen Gestimmen indessen auch die der Herrn, welche Sie umgeben, und die der Kölner Bürger sind, wenn diese mit den bestehenden Gewalten hand in Hand gehen, dann brauchen wir nichts zu fürchten. Alle müssen zusammenwirken, um das Vertrauen zwischen König und Volk zu festigen. Aber noch eins, meine Herren! Die Presse ist schlecht; die kölische Presse muss sich bessern; sie sät Spaltung und trügt zur Unzufriedenheit. Wirken Sie für das Gegentheil, machen Sie Ihren Einfluss in dieser Hinsicht geltend, dann wird Alles gut gehen.

München, 24. April. Die Kammer der Abgeordneten hielt heute wieder eine Sitzung, an welcher sich nur Wenige über die beschlußfähige Zahl beilegten, da die Abgeordneten aus Franken und der Pfalz noch nicht von ihrer Heimat, welche sie während der Ostervacanz besuchten, zurückgekehrt sind. Dem während der Vacanz verstorbene Abg. Wenning hielt der Präsident eine warme Lobrede, worauf er sich über die Resultate der bisherigen Thätigkeit der Kammer, die nun seit 81 Tagen beisammen ist, verbreitete zum Ruh und Frommen der Presse, in welcher mannichfache Klagen über den schleppenden Geschäftsgang laut geworden waren. Hierauf legte der Justizminister Kleinschrod den Entwurf eines Strafgesetzbuchs auf den Tisch des Hauses nieder, welcher in 108 Artikeln die allgemeinen Prinzipien des Strafrechts feststellt. Da die Entwürfe der bereits vollendeten Detailgesetze: das Strafrecht in 330 Artikeln, das Polizeistrafgesetz in 236 Artikeln und der Strafprozeß in mehr als 700 Artikeln durch Abänderung in dem allgemeinen Theil möglicherweise selbst Abänderungen erleiden können, so werden dieselben in obiger Reihe erst nach Annahme des jetzt vorgelegten Einleitungsgesetzes eingebrochen werden. Das Strafgesetzbuch wird in allen seinen Theilen für alle acht Provinzen zur Geltung gebracht, sodaß nach dessen Einführung in strafrechtlicher Beziehung kein Unterschied mehr stattfinden würde zwischen den Kreisen derselben des Rheins und der Pfalz. Gegenstand der heutigen Berathung war ein Antrag auf Zulassung der Feuerversicherungsbank in Gotha zur Annahme von Versicherungen auf Mobilien in Bayern. Schon im Landtagsabschluß vom vorigen Jahre war auf den Antrag beider Kammern die Zulassung der einen oder andern auswärtigen Mobilien-Feuerversicherungsgesellschaft versprochen worden, die Regierung hatte aber bis jetzt noch keine Anstalten getroffen, ihrer Zusage nachzukommen. Heute versicherte der Commissar der Regierung, daß sie eine weitere Concurrenz erst dann zulassen könne, wenn sie durch eine Verordnung die nötige Controle geordnet haben werde, da ohne eine solche Regelung eine Zunahme der Brände zu fürchten sei. Uebrigens sei sie mit der Entwerfung einer solchen Verordnung beschäftigt. Auf den Antrag des Ausschusses beschloß hierauf die Kammer: „es sei an die Staatsregierung unter Mittheilung des Arnheim'schen Antrags der Wunsch auszusprechen, die im Landtagsabschluß zugestimmte Zulassung der einen oder andern bewährten auswärtigen Mobilienfeuerversicherungsgesellschaft nach Maßgabe des wirklichen Bedürfnisses ins Leben treten zu lassen.“

Der combinirte erste und zweite Ausschuss der Kammer der Reichsräthe hat das Notariatsgesetz mit den von der Volkskammer beschlossenen Modifizierungen unverändert zur Annahme empfohlen, sodaß an eine Annahme dieses folgen- und segensreichen Gesetzes in der Kammer selbst nicht mehr zu zweifeln ist. Um so übler wird es aber den